

Das neue Bargeldgesetz - Der neue Angriff auf Freiheit und Würde des Menschen

Dawid Snowden · Veröffentlicht: 25.06.2024



Die Europäische Union – ein Mahnmal institutionalisierter Anmaßung und Machtgier – hat im Mai 2024 ein weiteres Glied in die Kette der Unterdrückung geschmiedet: die Einführung einer EU-weiten Bargeldobergrenze. Ab 2027 sind Barzahlungen über 10.000 Euro verboten – eine Maßnahme, die offiziell „Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“ bekämpfen soll. Doch wer genau sind hier die Kriminellen? Die wahren Räuber, Terroristen, Mörder und Kriegstreiber sitzen längst in den Regierungen selbst – abgesichert von Gewaltmonopolen, die sich skrupellos am erbeuteten Eigentum der Bürger mästen.

Während Barzahlungen künftig geächtet werden, öffnet sich der Raum für willkürliche Repression. Wird das Bargeld, wenn die Obergrenze überschritten ist, einfach konfisziert wie auf einem mittelalterlichen Raubzug? Werden Menschen enteignet, weggesperrt, schikaniert, kriminalisiert – weil sie es wagen, ihr eigenes Eigentum bar zu verwalten? Die Geistesgestörtheit dieses Plans schreit förmlich zum Himmel. Besonders betroffen sind – wie immer – nicht die Eliten, sondern kleine Betriebe, Händler und Selbstständige. Während sie Tag für Tag ums Überleben kämpfen und sich durch einen Morast aus Steuern, Abgaben und Bürokratie quälen, trifft sie nun auch die Klinge dieser neuen Verordnung.

Natürlich dürfen Privatpersonen offiziell weiterhin größere Summen bar untereinander austauschen – aber nur solange, bis irgendein Politiker im Wahn entscheidet, auch dieses Schlupfloch zu schließen. Das ist das Wesen aller Tyrannen: Sie schieben die Grenzen der Kontrolle immer weiter, bis niemand mehr entkommt. Ab 3.000 Euro Barzahlung wird künftig die Identitätspflicht greifen. Wer ein Motorrad kauft oder sich mühsam eine Anschaffung zusammengespart hat, wird sich gläsern machen müssen. Kein Kauf mehr ohne vollständige staatliche Erfassung, keine finanzielle Bewegung mehr ohne Datenprotokoll.

Hier zeigt sich die perfekte Synergie mit der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung: Wer Herkunft und Sauberkeit seines Geldes nicht minutiös belegen kann, wird enteignet. Die Lüge vom „Schutz vor Kriminellen“ wird damit endgültig zur Farce – das wahre Ziel ist glasklar: vollständige Kontrolle und effiziente Plünderung der Bevölkerung. All das wird spätestens 2027 in Kraft treten – natürlich schön eingepasst in den größeren Fahrplan der Agenda 2030, wo die digitale Tyrannei systematisch vollendet werden soll. Eine Koordination, so präzise wie ein Angriffskrieg, nur diesmal geführt gegen die eigenen Bevölkerungen.

Noch dürfen Privatpersonen einen Gebrauchtwagen in bar kaufen. Noch. Aber angesichts der bereits eingeführten Strafrechtlichen Vermögensabschöpfung ist auch dieses Versprechen nicht mehr wert als dreckiges Toilettenpapier – jederzeit revidierbar, jederzeit politisch opferbar. Die perfide Begleitmusik liefert die neue EU-Behörde AMLA, stationiert in Frankfurt. Eine Super-Überwachungsbehörde, deren Aufgabe es sein wird, jeden Geldfluss, jede Bewegung, jede Transaktion zu erfassen, zu speichern und auszuwerten.

Jeder Mensch, der „zu viel“ Bargeld ohne den entsprechenden Nachweis bewegt, gerät ins Raster. Jeder Mensch wird potenziell verdächtig – so funktioniert Staatsterrorismus im digitalen Zeitalter. Es ist ein absurdes Schauspiel: Ein Mensch, der sich ehrlich ein Auto zusammengespart hat, muss sich beim Händler erniedrigen und Rechenschaft über sein eigenes Geld ablegen – andernfalls bleibt ihm der Kauf verweigert. Kein Geschäft, kein Eigentum, keine Freiheit. Und wenn er das Geschäft doch vollzieht, macht er sich strafbar!

Was hier verkauft wird, ist keine einfache „Obergrenze“ – es ist die schleichende Einführung eines Systems, das die Bürger an die kurze Leine des Staates zwingt. Eine weitere Waffe in der Hand der Brandstifter, Kriegstreiber und Finanzterroristen in politischen Amt.

Und wie erwartet, wird die Kritik an dieser digitalen Knebelung unterdrückt. Regime verteidigen ihre Raubzüge traditionell brutal: Kritische Stimmen werden marginalisiert, Hausdurchsuchungen und Haftandrohungen sind die neue Sprache dieser digitalen Supermacht. Befürworter – jene Staatsparasiten, die sich in den Apparaten von Behörden, öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Steuergeld-Verbrennungsanlagen eingenistet haben – bejubeln diese neue Repression als „Fortschritt gegen Finanzkriminalität“.

Dabei sind es gerade die Regierungskreise selbst, die durch jahrzehntelange Misswirtschaft, Korruption und Kriegstreiberei ganze Staaten finanziell ruiniert haben. Wären die Menschen nicht systematisch manipuliert, sie hätten diesen Verbrechern längst die Türen eingerannt. Mit der neuen Bargeldobergrenze wird der finale Angriff auf die finanzielle Freiheit eröffnet. Anonymität, Selbstbestimmung, Privatsphäre – all das wird geopfert auf dem Altar der totalen digitalen Kontrolle. Und während offiziell noch darüber diskutiert wird, ob die Maßnahme wirklich „geeignet“ sei, läuft längst der nächste Schritt: die Einführung der EUDI-Wallet, die vollständige Digitalisierung des Zahlungsverkehrs – jede Bewegung registriert, gespeichert und auswertbar.

Damit sie wissen auf den Cent genau, was du besitzt, und ob das was du besitzt, auch gerechtfertigt ist. Und wenn sie es wollen, nehmen sie es dir weg – digital, ohne Durchsuchung, ohne Gerichtsbeschluss, ohne Widerstand. Die EU-weite Bargeldobergrenze ist nicht „ein Schritt gegen Kriminalität“ – sie ist ein Schritt in den vollständigen digitalen Gulag. Sie ist ein Instrument, um den Menschen ihre letzten Reste an Unabhängigkeit zu entreißen. Wenn wir diesen Wahnsinn akzeptieren, akzeptieren wir den Tod jeder Freiheit – nicht nur der finanziellen, sondern auch der Meinungsfreiheit, der Selbstbestimmung und letztlich der Würde.

Wir befinden uns im Krieg – nicht gegen andere Völker, sondern gegen eine globale Technokratie, die uns alle in ein digitales Supergefängnis sperren will.

Und es liegt an uns, diesen Wahnsinn aufzuhalten.

Hier. Jetzt und Ohne Kompromisse.